

Annika Schreiter
Von der Schulbank an die Wahlurne...

Annika Schreiter

Von der Schulbank an die Wahlurne...

Politische Kommunikation Jugendlicher
im Wandel der Lebenskontexte
nach dem Schulabschluss

kopaed (muenchen)
www.kopaed.de

Annika Schreiter studierte Medien- und Kommunikationswissenschaft und Germanistik an der Universität Mannheim sowie Kinder- und Jugendmedien an der Universität Erfurt. Von 2013 bis 2018 war sie Kollegiatin im Promotionskolleg „Communication and Digital Media“ der Universität Erfurt. Sie arbeitet derzeit als Studienleiterin für politische Jugendbildung an der Evangelischen Akademie Thüringen. Ihre Arbeitsschwerpunkte dort sind die Digitalisierung politischer Kommunikation, Demokratiebildung sowie der Wissenschafts-Praxis-Transfer.

An der Philosophischen Fakultät der Universität Erfurt angenommene Dissertation.

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 978-3-86736-487-4
eISBN 978-3-86736-674-8

Druck: docupoint, Barleben

© kopaed 2018
Arnulfstraße 205, 80634 München
Fon: 089. 688 900 98 Fax: 089. 689 19 12
E-Mail: info@kopaed.de Internet: www.kopaed.de

Inhalt

Vorwort	11
Einleitung	13
1. Metatheoretische Einordnung	17
1.1 Das Gesellschafts- und Menschenbild des Symbolischen Interaktionismus..	17
1.2 Normativer Ausgangspunkt und Politikverständnis.....	18
2. Theoretischer Hintergrund	23
2.1 Die Entwicklung der politischen Haltung	23
2.1.1. Politische Sozialisation	23
2.1.2 Politische Identitätsentwicklung	25
2.1.3 Die politische Haltung als Entwicklungsaufgabe	30
2.2 Politische Kommunikation	33
2.3 Zusammenführung.....	37
2.3.1 Politische Kommunikation im Jugendalter	37
2.3.2 Medienbegriff	40
3 Forschungsstand	43
3.1 Die politische Identität Jugendlicher	43
3.1.1 Politisches Interesse	43
3.1.2 Politisches Wissen	46
3.1.3 Parteipräferenz.....	47
3.1.4 Rechts-Links-Spektrum	48
3.1.5 Politische Werte	50
3.1.6 Selbstwirksamkeit.....	51
3.2 Einflussfaktoren und Ressourcen politischer Identitätsentwicklung	52
3.2.1 Soziodemografische Merkmale	52
3.2.2 Familie und Elternhaus	56
3.2.3 Gleichaltrige.....	58
3.2.4 Schule	60

3.2.5	Medien	62
3.2.6	Zusammenfassung	64
3.3	Politische Kommunikation	64
3.3.1	Politische Rezeption	65
3.3.2	Subaktivismus	68
3.3.3	Interpersonale politische Kommunikation	69
3.3.4	Partizipative Kommunikation	70
3.3.5	Zusammenfassung	73
4	Zusammenfassung und forschungsleitende Fragestellungen	75
5	Methodisches Vorgehen	81
5.1	Begründung des nicht-standardisierten Vorgehens	81
5.2	Gesamtüberblick	82
5.3	Die Probanden der Haupterhebung	84
5.4	Rahmenbedingungen der Erhebung	89
5.4.1	Ereignishintergrund	89
5.4.2	Institutionelle Rahmung des Lebenskontexts Schule in Thüringen	91
5.5	Die Gestaltung der Befragung	93
5.6	Auswertung der Interviews	96
5.7	Validierungsstudie	98
5.8	Ethische Implikationen	100
6	Ergebnisse Teil I: Politische Kommunikation vor dem Schulabschluss	103
6.1	Drei Typen politischer Kommunikation	103
6.1.1	Merkmalsbereich: Politische Identität	105
6.1.2	Merkmal: Politische Kommunikation	127
6.1.3	Merkmalsbereich: Lebenskontexte	138
6.1.4	Typische Fälle	144
6.1.5	Zusammenfassung der drei Typen politischer Kommunikation	150
6.2	Politische Kommunikation in den Lebenskontexten	154
6.2.1	Lebenskontext Familie	154

6.2.2	Lebenskontext Schule	159
6.2.3	Lebenskontext Freunde	165
6.2.4	Politische Identifikationsfigur	168
6.2.5	Zusammenfassung der Rolle der Lebenskontexte	171
7	Ergebnisse II: Veränderungen nach dem Schulabschluss	173
7.1	Verinselung der Lebenskontexte	173
7.1.1	Verinselung der Lebenskontexte nach Typen	176
7.1.2	Die Bedeutung der Verinselung für die politische Kommunikation	178
7.1.3	Die Bedeutung der Verinselung für die politische Identität	182
7.1.4	Neue Lebenskontexte als neue Impulsgeber	185
7.1.5	Zusammenfassung des Phänomens der Verinselung	190
7.2	Ereignisinduzierte Veränderungen politischer Kommunikation	195
8	Ergebnisse III: Medien in der politischen Kommunikation der Jugendlichen	199
8.1	Die Bewertung der Rolle der Medien durch die Jugendlichen	199
8.2	Mediale Zugänge zur Politik	203
8.2.1	Comedy und Satire	203
8.2.2	Kindersendungen	204
8.2.3	Nachrichten-Apps	205
8.3	Zusammenfassung der Rolle der Medien	206
9	Diskussion	209
9.1	Zusammenfassung der Ergebnisse	209
9.2	Kritische Würdigung der empirischen Studie	210
9.3	Thesen zur politischen Kommunikation Jugendlicher	212
9.4	Pädagogische Implikationen	220
10	Fazit	227
	Literatur	229
	Anhang	251

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Identitätszustände nach Marcia (1980).....	27
Abb. 2: Patchwork-Identität nach Keupp et al. (2008 [1999])	28
Abb. 3: Entwicklungsaufgaben nach Hurrelmann & Quenzel (2013)	31
Abb. 4: Entwicklungsaufgaben und Handlungskomponenten im Social Web	32
Abb. 5: Partizipationspyramide zivilgesellschaftlichen Handelns im Social Web	35
Abb. 6: Politische Kommunikation im Jugendalter	38
Abb. 7: Heuristik politischer Identitätsentwicklung	75
Abb. 8: Ergebnisse des Politikquiz der 1. Erhebungswelle	115
Abb. 9: Visualisierung der Verinselung – Beispiel Daniel.....	174
Abb. 10: Visualisierung der Verinselung – Beispiel Paul	175
Abb. 11: Anzahl der richtigen Antworten im Politikquiz in Welle 1 und Welle 2	184
Abb. 12: Schematische Darstellung der Ökologischen Zonen	191
Abb. 13: Aktualisierung des Modells politischer Kommunikation Jugendlicher	214

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht über die Erhebungsschritte	83
Tabelle 2: Übersicht über die Merkmale der Befragten der Hauptstudie	86
Tabelle 3: Übersicht über die geführten Kontextinterviews.....	88
Tabelle 4: Übersicht über die Inhalte der Befragungen.....	93
Tabelle 5: Schlagzeilen aus den Leitfäden von Welle 1.1 und 2	95
Tabelle 6: Kategoriensystem der strukturierenden Inhaltsanalyse	97
Tabelle 7: Teilnehmende der Gruppendiskussionen	99
Tabelle 8: Typen politischer Kommunikation im Jugendalter	104
Tabelle 9: Merkmalsbereich Politische Kommunikation	127
Tabelle 10: Merkmalsbereich Lebenskontexte.....	138
Tabelle 11: Weltbilder Jugendlicher nach Eggert & Theunert (2000).....	152

Vorwort

Die vorliegende Dissertation entstand am Promotionskolleg „Communication and Digital Media“ der Universität Erfurt. Diese interdisziplinäre Forschergruppe umfasst Mitglieder aus dem Feld Kommunikationswissenschaft, Erziehungswissenschaft, Sozialwissenschaft und Medienpädagogik. Meine Arbeit versteht sich in der Tradition medienpädagogischer Forschung, hat aber Bezüge zur politischen Kommunikations- und Sozialisationsforschung. Diese Interdisziplinarität wurde im Promotionskolleg ebenso gefordert wie gefördert, was mir einen umfassenden Blick auf meinen Forschungsgegenstand ermöglichte.

Weiterhin entstand diese Dissertation parallel zu meiner Arbeit in der politischen Jugendbildung der Evangelischen Akademie Thüringen. Mein persönlicher Bezug zur Praxis der politischen Bildung ermöglichte mir so noch einmal einen anderen Blick auf mein Thema und führte außerdem dazu, dass ich meine Arbeit stets in Hinblick auf ihre Verwertbarkeit in der pädagogischen Praxis hinterfragte. Die beruflichen Kontakte zu Schulen und zur außerschulischen Jugendarbeit waren zudem wertvoll für den Zugang zum Feld.

So hatten an der Entstehung dieser Arbeit viele Menschen Anteil. Ihnen möchte ich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für ihre Begleitung, Unterstützung und Ermutigung sagen. Zunächst danke ich den Angehörigen des Promotionskollegs, insbesondere meinen Gutachtern Prof. Dr. Sven Jöckel und Prof. Dr. Patrick Rössler, für die wertvolle, konstruktiven Kritik und das ermutigende Feedback. Ganz besonders danke ich aus diesem Kreis Eric Müller für die gemeinsamen Methodenwerkstätten und seinen kritischen Blick. Paula Stehr, Cynthia Meißner, Dr. Claudia Wilhelm und Dr. Sebastian Gerth danke ich für Literaturhinweise und kollegiale Unterstützung in den unzähligen, wesentlichen Kleinigkeiten. Prof. Dr. Sandra Fleischer und Prof. Dr. Klaus Kamps danke ich für entscheidende Impulse in der Anfangsphase.

Ein großer Dank gilt meinen Kolleginnen und Kollegen der Evangelischen Akademie Thüringen, insbesondere dem ehemalige Akademiedirektor Prof. Dr. Michael Haspel. Ohne ihn wäre ich das Wagnis einer berufsbegleitenden Promotion vermutlich nicht eingegangen. Danken möchte ich zudem dem Kuratorium der Akademie, das mir diesen Weg ermöglichte.

Weiterhin danke ich herzlich Dr. Anna Soßdorf für den fachlichen Austausch, Mario Förster für den Zugang zur Demokratiepädagogik sowie Ina Brecheis und Tobias Schulz für die Unterstützung beim sprachlichen Feinschliff. Für die Hilfe bei der Rekrutierung danke ich Sabrina Wollweber, Georg Junge, Jasmin Kramer und Maria Dreißigacker sowie den Schulleiterinnen und Schulleitern, die meine Befragung unterstützten. Für die Unterstützung bei der Transkription danke ich Thilo Eisermann, Romina Nölp, Désirée Reuther und Nina Loren.

Meiner Familie danke ich für die emotionale Unterstützung in den vergangenen viereinhalb Jahren. Besonders dankbar bin ich meinem Mann dafür, dass er mir den Rücken freigehalten hat. Meinem Sohn danke ich dafür, dass er in seinem zarten Alter schon so verständig war, mich arbeiten zu lassen.

Last but not least danke ich all den wunderbaren Menschen, die ich für meine Arbeit interviewen durfte. Es ist keine Selbstverständlichkeit, einer Fremden einen so tiefen Einblick in das eigene Leben und Denken zu gewähren. Ohne diese Bereitschaft wäre eine Studie wie diese allerdings unmöglich. Dafür ein herzliches Dankeschön!

Einleitung

Im Frühjahr 2018 standen in Thüringen Kommunalwahlen an. Erstmals durften nach einer Entscheidung des rot-rot-grün geführten Thüringer Landtags im Jahr 2015 dabei auch Jugendliche ab 16 Jahren ihre Stimme abgeben. Dies versuchte die Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) zu verhindern, indem sie im Juni 2017 einen Antrag bei Gericht stellte, um die vermeintliche Verfassungsfeindlichkeit des Wahlalters ab 16 feststellen zu lassen. Vor den Kommunalwahlen scheiterte die Partei mit einem Eilantrag, 16- und 17-Jährige aufgrund des schwebenden Verfahrens von der Wahl auszuschließen (Wischerhoff, 2018). Ihre Ablehnung der Absenkung des Wahlalters begründet die AfD wie folgt:

„Zum einen haben viele Jugendliche mit 16 oftmals weder ein besonderes Interesse an Politik noch das dazugehörige demokratische Grundwissen, um eine verantwortungsvolle Entscheidung treffen zu können. Dazu kommt auch vielfach der fehlende Reifegrad, die eigenen Vorlieben zu hinterfragen.“ (Höcke, 2015)

So wie in diesem Fall in Thüringen gibt es bei jedem Versuch das Wahlalter zu senken die Diskussion zwischen konservativen Kräften, die dies ablehnen, und liberalen Positionen, die eine Absenkung befürworten (Hoffmann-Lange & de Rijke, 2010). Auf der einen Seite stehen die Argumente, die auch die AfD Thüringen anführt: Jugendliche seien kognitiv sowie aufgrund mangelnden Wissens und geringerer Lebenserfahrung noch nicht in der Lage, eine fundierte, politische Entscheidung zu treffen und seien an Politik zu wenig interessiert (Hoffmann-Lange & de Rijke, 2010; Tremmel, 2016).

Auf der anderen Seite steht das Anliegen, allen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, auch per Wahl Einfluss darauf zu ermöglichen. Zudem werden Jugendliche als Experten ihrer eigenen Lebenswelt wahrgenommen, denen politische Mündigkeit zugetraut wird. Ihnen frühzeitig Beteiligungsmöglichkeiten einzuräumen wird als Anreiz für mehr politisches Interesse und als Maßnahme gegen Politikverdrossenheit in der jungen Generation angesehen. Dass Jugendliche politischen Problemen vermeintlich emotionaler und unvoreingenommener begegnen als Erwachsene, wird zudem als Zugewinn für einen demokratischen, vielfältigen Entscheidungsfindungsprozess bewertet. (Hoffmann-Lange & de Rijke, 2010; Oerter, 2016; Tremmel, 2016; Wischerhoff, 2018)

Die Parteien beider Seiten werfen sich zudem gegenseitig vor, die Festlegung des Wahlalters zu instrumentalisieren, um das eigene Wählerpotenzial zu vergrößern bzw. das des Gegners zu dezimieren (Höcke, 2015; Wischerhoff, 2018). Beiden Argumentationen ist die Vermutung gemein, Jugendliche sähen Politik anders als Erwachsene und handelten dementsprechend politisch auch anders: Linker, desinteressierter, weniger rational und dem-

entsprechend intuitiver und emotionaler, so die zum Teil empirisch unterstützbare Annahme (Hoffmann-Lange & de Rijke, 2010; Hurrelmann & Quenzel, 2013: 217; Schneekloth, 2015).

Unter anderem aufgrund dieser Annahme steht die Politikauseinandersetzung Jugendlicher regelrecht unter „Dauerbeobachtung“ (Hoffmann, 2016: 39). Zahlreiche Jugendstudien befassen sich damit, wie junge Menschen Politik sehen, sich dazu positionieren und daran beteiligen (u. a. Calmbach et al., 2016; Schneekloth, 2015; Schwartz et al., 2017). Ein weiterer Grund neben ihres direkten Einflusses auf politische Entscheidungen ist die Tatsache, dass Jugendliche die Zukunft einer Gesellschaft sind. Als „politische Seismographen“ (Hurrelmann & Quenzel, 2013: 217) seien sie zudem besonders sensibel für politische Veränderungen, da Zukunftsfragen sie besonders betreffen und sie persönlich unter Druck stehen, die eigene Zukunft zu gestalten. Somit ist es ein gewichtiges Anliegen eines demokratischen Staates, Jugendlichen eine umfassende politische Bildung zuteilwerden zu lassen, damit sie kompetente und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger werden (Massing, 2013; Reheis, 2016) und ihnen der Schritt aus dem Bildungsmoratorium der Schulbank in die mündige Bürgerschaft an die Wahlurne gelingt. Es ist daher von besonderem Interesse zu wissen, wie sich die Politikauseinandersetzung Jugendlicher entwickelt, um diese in einer demokratisch wünschenswerten Weise zu unterstützen.

In einigen wenigen Langzeitstudien wird die Entwicklung politischer und weltanschaulicher Ansichten und Handlungen nachgezeichnet (Fend, 1991; Grob, 2009) oder in Studien der politischen Sozialisationsforschung punktuell der Einfluss einzelner Sozialisationsinstanzen auf politische Kommunikation und politische Haltung untersucht (u. a. Quintelier, 2015; Tenscher & Scherer, 2012). Zudem zeichnen Jugendstudien regelmäßig einen Überblick darüber, wie Jugendliche in Deutschland Politik sehen (u. a. Calmbach et al. 2016; Schneekloth, 2015; Schwartz et al., 2017). Von besonderem Interesse ist weiterhin die politische Partizipation Jugendlicher und somit ihre Einmischung in den politischen Prozess (u. a. Reinders, 2014; Schneekloth, 2015; Soßdorf, 2016).

Nur selten wird niedrigschwelliger angesetzt und die grundlegende Auseinandersetzung Jugendlicher mit Politik untersucht, die auch schon in Gesprächen über Politik mit dem sozialen Umfeld oder dem Rezipieren von Nachrichten beginnt (u. a. Bentele, 1998; Emmer & Vowe, 2004). Somit ist zwar bekannt, dass Jugendliche Politik im Allgemeinen eher langweilig finden, sie mit Parteien nur wenig anfangen können und sie zudem nur selten regelmäßig politisch partizipieren. Stattdessen bringen sie sich lebensweltnah, kurzfristig und interessegebunden ein (Bennett, 2008; Gaiser & de Rijke, 2016; Reinders, 2014; Schneekloth, 2015). Die dahinterliegenden lebensweltlichen Verknüpfungen und Gründe werden allerdings nicht offenbar. Zudem ist mit dem Fokus auf politische Partizipation quasi nur die Spitze des Eisbergs der Politikauseinandersetzung Jugendlicher zu sehen, da niedrigschwelligere Formen nur selten in die Analyse einbezogen werden oder Erklärungsvariablen für Partizipation darstellen. Beispielsweise dienen in Studien zur politischen Sozialisation Gespräche über Politik als eine Erklärungsvariable für politisches Partizipationsverhalten (u. a.

Quintelier, 2015; Reinders, 2014; Schreiter et al., 2017). Politische Kommunikation in einem weiteren Sinne (Bentele, 1998; Emmer & Vowe, 2004; Schulz, 2011) ist seltener Gegenstand der Betrachtung und noch seltener ihre Entwicklung im Jugendalter.

Ich versuche daher in der vorliegenden Arbeit zu ergründen, wie sich die politische Kommunikation in der späten Adoleszenz entwickelt. Somit werfe ich einen umfassenden Blick auf die Politikauseinandersetzung. Derzeitige Lehrmeinung in Jugend- und politischer Sozialisationsforschung ist es, dass Familie, Peergroup, Schule und Medien den größten Einfluss auf die Entwicklung der politischen Identität nehmen (Rippl, 2008). Unklar ist jedoch, in welchem Verhältnis diese zueinander stehen. Die zentrale Frage lautet daher:

Wie verändert sich die politische Kommunikation Jugendlicher im Wandel der Lebenskontexte nach dem Schulabschluss?

Somit betrachte ich eine Lebensphase, in der Veränderungen der politischen Kommunikation wahrscheinlich sind, da sich das Gefüge der zentralen Lebenskontexte Jugendlicher aus Schule, Familie und Peergroup, die maßgeblich für die politische Sozialisation sind, grundlegend wandelt. Durch die Betrachtung dieser Veränderungen sollen Rückschlüsse darauf möglich werden, welche Bedeutung diese Lebenskontexte für die Entwicklung der Muster politischer Kommunikation Jugendlicher insgesamt spielen.

Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Rolle der Medien. Vor dem Hintergrund einer mediatisierten Gesellschaft (Krotz, 2007) ist davon auszugehen, dass Medien integrativer Bestandteil aller Lebenskontexte der Jugendlichen sind und diese nicht ohne ihre medialen Bezüge betrachtet werden können (Schorb, 2009; Wagner, 2011). Politik ist zudem den meisten Menschen nur über mediale Berichterstattung zugänglich (Rössler, 2008; Sarcinelli & Werner, 2010). Für die politische Auseinandersetzung spielen Medien folglich ohnehin eine große Rolle. Meist werden sie als weitere Sozialisationsinstanz neben Familie, Peergroup und Schule verstanden (Rippl, 2008). Unter anderem Wagner und Gebel (2014a) weisen jedoch darauf hin, dass diese theoretische Einordnung aufgrund der Verquickung von Medien und den Lebenskontexten Jugendlicher schwierig ist. Ihrer Bedeutung für die politische Kommunikation Jugendlicher wird daher im Folgenden besondere Aufmerksamkeit zuteil.

Die Untersuchung der genannten Forschungsfrage erfolgt anhand einer qualitativen Langzeitstudie, was eine ungewöhnliche Vorgehensweise in der Erforschung der Auseinandersetzung sowohl mit politischer Kommunikation im Allgemeinen als auch mit der politischen Kommunikation Jugendlicher im Speziellen darstellt, da die Erkenntnisse dieses Forschungsfeldes zumeist aus standardisierten (Jugend-)Studien stammen (z. B. Emmer et al., 2010; Grob, 2009; Schneekloth, 2015; Torney-Purta et al. 2001). Nicht-standardisierte Verfahrensweisen, die das Erkenntnisziel auf ein Verständnis des Zusammenwirkens der einzelnen Lebenskontexte legen, sind selten.

Dabei ist die vorliegende Arbeit folgendermaßen aufgebaut: Mein metatheoretischer Ausgangspunkt ist der Symbolische Interaktionismus und damit verbunden sein Menschen-

und Gesellschaftsbild, das zum einen von einer sozialen Konstruktion der Wirklichkeit ausgeht. Die Bedeutungen aller Dinge, zum Beispiel auch der Politik, sind ausgehandelt und unterliegen konstantem Wandel. Zum anderen werden Menschen als aktive Verarbeitende ihrer Umwelt betrachtet, die die Bedeutung ihrer Umgebung fortwährend aushandeln (Kap. 2). Eingebettet in diesen Rahmen findet die Untersuchung auf Grundlage eines Modells politischer Kommunikation Jugendlicher statt, welches sich an bestehenden kommunikationswissenschaftlichen Modellen orientiert und gleichzeitig Erkenntnisse sowie theoretische Ansätze aus der Entwicklungspsychologie, der Jugendforschung und der politischen Sozialisationsforschung einbezieht. Somit entwickle ich ein jugendspezifisches Modell politischer Kommunikation, das entwicklungsbedingte Besonderheiten der Lebensphase Jugend wie die zu bearbeitenden Entwicklungsaufgaben (Hurrelmann & Quenzel, 2013) ebenso berücksichtigt wie institutionelle Rahmenbedingungen von Jugend. Grundlegend ist die Annahme, dass Jugendliche ihre politische Haltung fortwährend durch Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt und somit durch politische Kommunikation ausformen. Daher kann die Entwicklung der politischen Kommunikation nur in Zusammenhang mit der Entwicklung der politischen Identität betrachtet werden (Kap. 2 bis 4).

In der methodischen Umsetzung (Kap. 5) wurden 12 Jugendliche aus Thüringen im Jahr ihres Schulabschlusses begleitet und mehrfach durch Leitfadeninterviews befragt. Die Erhebung begann im Frühjahr 2015 und somit ein halbes Jahr vor dem Schulabschluss und endete im Frühjahr 2016 – ein halbes Jahr nach dem Wechsel. Um die für die politische Kommunikation maßgeblichen Lebenskontexte mitzuerfassen, wurden einmalig am Anfang des Erhebungszeitraums Eltern und Lehrerinnen bzw. Lehrer ebenfalls befragt. Diese Daten aus den 12 Fällen wurden zudem anhand einer Validierungsstudie fundiert, die zwei Gruppendiskussionen mit weiteren Probanden umfasst, die den Schulabschluss ebenfalls gerade hinter sich gebracht haben. Die empirische Erhebung fand in Thüringen statt und konzentriert sich somit auf ein Bundesland, wodurch die Besonderheiten der Lehrpläne und institutionellen Gegebenheiten des Lebenskontexts Schule eingehend in die Erhebung einbezogen werden können.

Die durch diese Methode gewonnenen Ergebnisse gliedern sich in ein Kapitel, das die politische Kommunikation und ihre politische Identität während der Abschlussphase ihrer Schulzeit in den Mittelpunkt stellt sowie einen vertiefenden Einblick in die ermittelten Funktionen der einzelnen Lebenskontexte gibt (Kap. 6). Im zweiten Ergebniskapitel werden die Veränderungen nach dem Schulabschluss aufgezeigt sowie die Bedeutung dieser Veränderungen für die politische Kommunikation und Identität dargestellt (Kap. 7). Ein drittes Ergebniskapitel wirft einen Blick auf die Rolle der Medien in der politischen Kommunikation der Jugendlichen (Kap. 8). Im abschließenden Diskussionskapitel werden die Ergebnisse in übergreifende Thesen überführt und hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Bildungsarbeit – insbesondere die politische Bildung und die Medienpädagogik – bewertet (Kap. 9).

1. Metatheoretische Einordnung

Im folgenden Kapitel ordne ich zunächst meine Arbeit metatheoretisch ein und umreiß somit den theoretischen und methodologischen Rahmen, auf dem die weiteren Überlegungen und die empirische Umsetzung fußen. Davon ausgehend wird zudem das normative Verständnis des Forschungsfeldes der politischen Kommunikation Jugendlicher dargelegt. Beides dient der Offenlegung meiner Perspektive auf den Forschungsgegenstand.

1.1 Das Gesellschafts- und Menschenbild des Symbolischen Interaktionismus

Metatheoretischer Rahmen ist der Symbolische Interaktionismus, der sowohl das Menschen- wie das Gesellschaftsbild und somit auch das Politikverständnis prägt. Dabei handelt es sich um eine Theorie, deren Ziel es ist, menschliches, soziales Handeln zu beschreiben und zu erklären (Mikos, 2008). Nach Blumer (1973) sollte sie dabei nicht als Lehrmeinung falsch verstanden, sondern vielmehr als Weltanschauung begriffen werden, die für den gesamten Forschungsprozess Konsequenzen mit sich bringt.

Der Symbolische Interaktionismus wird nach Blumer (1973) durch die folgenden drei Prämissen bestimmt:

1. Menschen handeln gegenüber Dingen – physikalisch, sozial sowie abstrakt¹ – aufgrund der Bedeutung, die diese für sie besitzen.
2. Bedeutung entsteht aus sozialer Interaktion heraus.
3. Bedeutungen werden in einem interpretativen Prozess bearbeitet und sind somit wandelbar.

Demnach sind Menschen aktive Subjekte und nicht nur auf ihre Umwelt reagierende Organismen (Blumer, 1973; Krotz, 2008). Sie übernehmen Bedeutungen nicht einfach, sondern interpretieren die Dinge selbst. Dies geschieht durch einen inneren Dialog, in dem einem Ding eine Bedeutung zugewiesen wird (Blumer, 1973: 94; Krotz, 2007: 76). So können sich Bedeutungen zum einen verändern und zum anderen kann ein und dasselbe Ding für unterschiedliche Menschen verschiedene Bedeutungen haben. Blumer (1973) nennt hier das Beispiel eines Sterns, der für einen Astrophysiker eine andere Bedeutung hat als für einen Hirten in biblischen Zeiten. Dennoch ist Bedeutung nicht willkürlich, da Aushandlungen stets im sozialen Kontext stehen und nicht nur die eigene Bedeutungszuweisung relevant ist, sondern auch die Art und Weise, wie das soziale Umfeld einem Ding gegenüber handelt, respektive welche Bedeutung es dem Ding zuweist (Blumer, 1973: 83).

¹ Physikalische Objekte sind materielle Gegenstände, soziale Objekte sind Personen und abstrakte Objekte Vorstellungen oder Ideen wie Ideologien, Werte oder Traditionen.

Die Aushandlung der Bedeutung entsteht stets durch soziales Handeln und somit durch Interaktion. Denn eigentlich jedes menschliche Tun nimmt auf andere Menschen in unterschiedlichem Maße Bezug und fortlaufend wird das eigene Verhalten mit dem anderer abgestimmt. Interaktion kann folglich zwischen zwei Menschen, aber auch zwischen Mensch und Ding oder in der Selbstauseinandersetzung stattfinden (Blumer, 1973; Krotz, 2007: 57). Durch Interaktion und die damit verbundene Bedeutungsaushandlung wird fortlaufend der Mensch sozialisiert bzw. in die Gesellschaft integriert. Gleichzeitig entsteht Gesellschaft dadurch immer wieder neu (Blumer, 1973: 85f; Krotz, 2007: 52; Mikos, 2008: 157).

1.2 Normativer Ausgangspunkt und Politikverständnis

Neben der metatheoretischen Einordnung dieser Arbeit ist die Klärung der normativen Grundlage entscheiden, um offenzulegen, welches politische Verhalten Jugendlicher als wünschenswert angesehen werden kann. Dafür sind die Klärung von zwei Begriffen relevant: Politik und Demokratie. Denn das Verständnis dieser beiden Begriffe bestimmt das Bürgerverständnis und somit eben jene normative Vorstellung (Bennett, 2008: 8f; Schmidt, 2010: 236).² Dabei ist zu beachten, dass das aus der Literatur abgeleitete Politikverständnis meine Sicht ist. Gemäß des Symbolischen Interaktionismus ist davon auszugehen, dass die Beforschten jeweils ein individuelles Verständnis von Politik haben, welches aber einen gemeinsamen gesellschaftlichen Ursprung hat und zudem in der Interaktion im Forschungsprozess gemeinsam ausgehandelt wird. Das eigene Verständnis zu formulieren und damit offenzulegen ist entscheidend, um in Auseinandersetzung mit den Beforschten ihr Politikverständnis wahrnehmen und verstehen zu können (Löblich, 2016).

Ursprünglich stammt das Wort Politik aus dem Griechischen. In der Antike bezeichnet der Begriff politiká alles, was die Stadt – polis – und somit das öffentliche Wohl und das Gemeinwesen anbelangt. In diesem Sinne ist Politik das Öffentliche, das die gesamte Gesellschaft betrifft, und die Frage, wie Antworten auf Probleme der Allgemeinheit gefunden und durchgesetzt werden (Köbler, 1995: 308; Reheis, 2016: 7f; Rohe, 1994: 155f). Politik ist eng mit dem Staat verbunden, da die vorherrschende Staatsordnung die Institutionalisierung der Politik darstellt (Reheis, 2016: 8).

Im Laufe seiner Geschichte unterlag der Politikbegriff zahlreichen Veränderungen im engen Zusammenhang mit der vorherrschenden Gesellschaftsordnung (Rohe, 1994: 156f; Schaal & Heidenreich, 2006: 37f). So stand beispielsweise im Mittelalter der Begriff Politik vornehmlich für Entscheidungen und Auseinandersetzungen des Adels und der geistlichen Obrigkeit (Schaal & Heidenreich, 2006).

In der Moderne wiederum näherte sich das Begriffsverständnis dem der Antike an. Hier wird das Politische als das Öffentliche begriffen, das vom Privaten strikt getrennt ist (Beck, 1993: 156f; Giddens, 1991: 210-2014). Giddens (1991) bezeichnet dies als „emancipatory

² Das hier verwendete Verständnis fand so bereits in anderen Arbeiten Anwendung (Pötz, 2014a; 2014b).

politics“ (1991: 213). Gemeint sind damit Prozesse, welche im öffentlichen Raum stattfinden und darauf abzielen, eine freiheitliche und gleiche Gesellschaft zu ermöglichen.

Vor dem Hintergrund der individualisierten Gesellschaft der Postmoderne ergibt diese Trennung zwischen privat und öffentlich bzw. zwischen individuell und politisch keinen Sinn mehr. Als Konsequenz zum einen der Bildungsexpansion seit den 1960er Jahren und zum anderen der Emanzipationsbewegung seit den 1970er Jahren wurde die politische Haltung mehr und mehr zu einer persönlichen Identitätsfrage. Bürgerinnen und Bürger brachten sich in den politischen Prozess ein und forderten Mitbestimmung (Fatke et al., 2006: 25; Giddens, 1991: 214). Dadurch kam es zu einer Verankerung von Politik in den westlichen Demokratien in Alltag und Privatleben. Politische Fragen wie die Einstellung zur Demokratie wurden so zur Identitätsfrage und private oder sogar intime Angelegenheiten wie die Sexualität wurden zum Politikum (Giddens, 1991: 214; Sarcinelli & Werner, 2010: 332f; van Deth, 2013: 179ff).

Auch aufgrund dieser Vermischung von Politischem und Privatem und der damit verflochtenen Individualisierung ist es nicht möglich, von einem einheitlichen Politikbegriff auszugehen. Je nach normativem Ausgangspunkt rücken unterschiedliche Aspekte von Politik ins Zentrum des Begriffsverständnisses. Beispiele hierfür können Fragen des friedlichen Zusammenlebens sein, aber auch der Machterhalt verschiedener Gruppierungen oder das individuelle Entstehen für Überzeugungen (Schaal & Heidenreich, 2006; Schmidt, 2010). Wie bereits erwähnt, entsteht zudem aus Sicht des Symbolischen Interaktionismus das Politikverständnis im gesellschaftlichen Aushandlungsprozess stets neu und für jeden Menschen individuell, aber in Auseinandersetzung mit der Gesellschaft nicht beliebig.

Ähnlich zum Wandel des Politikbegriffs beschreibt Bennett (2008) eine Veränderung im Bürgerverständnis mit dem Übergang von *dutiful* zu *actualizing citizens*. Der Typ des *dutiful citizens* oder Pflichtbürgers bevorzugt klassische Massenmedien zur Information und somit eine Art des Informierens, die top-down funktioniert. Die Angehörigen dieses Typs partizipieren, weil sie es als Pflicht begreifen, und nutzen dafür vor allem konventionelle Formen, die institutionell eingebunden sind. Zudem haben sie ein Grundvertrauen in Massenmedien und politische Entscheidungsträger (Bennett, 2008: 13f). Hier liegt folglich ein modernes Politikverständnis zugrunde, das hierarchisch funktioniert und Politisches von Privatem trennt. Im Gegensatz dazu weisen *actualizing citizens* oder aktualisierende Bürger ein themengebundenes Interesse an Politik auf und informieren sich bevorzugt über Medien, die Interaktivität zulassen. Sie bringen sich themen- und neigungsbedingt ein und hegen generell Misstrauen gegenüber politischen Entscheidungsträgern und massenmedialer Berichterstattung (Bennett, 2008: 13f, s. a. Coleman, 2007; Ekman & Amnå, 2012). Dieses Politikverständnis ist folglich postmodern und individuell.

Aufgrund dessen und vor dem Hintergrund des Symbolischen Interaktionismus lege ich für diese Arbeit die Annahme zugrunde, dass das Politikverständnis Jugendlicher ein individuelles, komplexes Gefüge verschiedener Vorstellungen ist, das in der Auseinandersetzung mit der umgebenden Gesellschaft entsteht.

Um dem gerecht zu werden, wird statt einer festen Definition des Begriffs die in der deutschen Politikwissenschaft häufig verwendete Dimensionierung in *policy*, *politics* und *polity* herangezogen. Policy ist die inhaltliche Dimension und beinhaltet Themen und Probleme, die gelöst werden müssen. Beispiele sind Fragen von Krieg und Frieden oder des Umweltschutzes. Politics umfasst „streitige Auseinandersetzung und Durchsetzung von Macht im politischen Prozess“ (Sarcinelli & Werner, 2010: 333) und somit die Vorgänge, in denen Lösungen auf Fragen der Dimension policy gefunden werden. Wahlen, Demonstrationen oder Debatten sind Beispiele hierfür. Polity beinhaltet den institutionellen Rahmen, in dem dies stattfindet. Dazu gehören unter anderem Landesgrenzen, die Verfassung oder auch sozial ausgehandelte Normen wie z. B. die Streitkultur (Beck, 1993: 162; Rohe, 1994: 61-67; Sarcinelli & Werner, 2010: 333).

Beck (1993) kritisiert an dieser Dimensionierung, dass das Individuum darin fehle. Somit passe sie nicht zum postmodernen Politikbegriff. Er schlägt daher den Begriff *Subpolitik* als Erweiterung vor, der all diejenigen Akteure umfasst, die sich außerhalb institutionalisierter Politik in den politischen Prozess einbringen (Beck, 1993: 163). Im Sinne einer partizipativen Demokratietheorie werden im Rahmen dieser Arbeit alle Akteure, die sich am politischen Prozess beteiligen, als Teil der Dimension politics begriffen. Die rechtliche Grundlage dazu findet sich in der polity-Dimension z. B. durch die verfassungsrechtlich garantierte Meinungs- oder Versammlungsfreiheit (Art. 5, GG; Art. 8, GG) oder auch dem allgemeinen Wahlrecht (Art. 38, GG).

Denn im Einklang mit der aktuellen Jugendforschung (u. a. Calmbach et al., 2016; Gaiser & de Rijke, 2016; Schneekloth, 2015) ist hier ein partizipatives Demokratieverständnis grundlegend, dem ein positives Bürgerbild zu eigen ist: Bürgerinnen und Bürger sind demnach aktiv und interessiert am politischen Geschehen, möchten sich einbringen und tun dies auch (Schmidt, 2010: 240f). Dabei wurzelt diese Perspektive schon im klassischen, aristotelischen Politikverständnis, in dem der Mensch von Natur aus ein *zoon politicon*, also ein politisches Wesen ist, welches seine Fähigkeiten nur im sozialen Kontext entfalten kann (Reheis, 2016: 7ff; Sarcinelli & Werner, 2010: 332f). Die Idealvorstellung ist eine Gesellschaft, in der sich möglichst Viele auf möglichst unterschiedliche Art und Weise einbringen (u. a. Barber, 1984; Putnam, 1993). Politik ist in dieser Vorstellung ein offener, multidimensionaler Prozess, der viele Akteure, Handlungen und Themen umfasst und Regeln sowie Problemlösungen innerhalb der Gesellschaft behandelt. Im Unterschied zu anderen gesellschaftlichen Teilbereichen, wie z. B. Wirtschaft oder Bildung, kann nur die Politik verbindliche Entscheidungen für die Gesamtgesellschaft treffen. Zudem ist Politik in dieser Perspektive im Alltag verankert und durchdringt jeden Lebensbereich (Giddens, 1991: 214; Reheis, 2016: 7ff; Sarcinelli & Werner, 2010: 332f; van Deth, 2013: 179ff).

Das normative Modell der partizipativen Demokratie ist in den vergangenen Jahren vielfach kritisiert worden. Kritikpunkte sind die Folgenden: Eine Beteiligung aller ist praktisch nicht umsetzbar. Dazu passt auch das immer wieder und in verschiedenen demokratischen Gesellschaften ermittelte empirische Ergebnis, dass sich meist nur eine kleine Elite finanziell

Gutgestellter und höher Gebildeter politisch einbringt (u. a. Brady et al., 1995; Leighley, 1995; Merkel, 2015: 15f; Best et al., 2015: 68ff; Verba & Nie, 1972). Damit geht die Befürchtung einher, dass Partizipation soziale Ungleichheit eher zementiere, denn sie abzubauen (Merkel, 2015: 15). Weiterhin schafft die Möglichkeit sich einzubringen auch Raum für von der Mehrheit der Gesellschaft unerwünschte Partizipation wie beispielsweise durch radikale Gruppierungen. Zudem könne eine laute Minderheit den öffentlichen Diskurs bestimmen, obwohl die leisere Mehrheit eine andere Ansicht habe. (Klatt, 2012; van Deth, 2013)

Ferner wird Partizipation gerade von Jugendlichen oft gesellschaftlich eingefordert und geschieht im Rahmen erzieherischer Maßnahmen wie beispielsweise im Schulunterricht. Mitunter wird das Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrecht in der Schule als disziplinierendes Mittel eingesetzt und z. B. als Strafe entzogen (Helsper et al., 2006). Schröder (1995) spricht in diesem Zusammenhang auch von Fehlformen der Partizipation, die entweder fremdbestimmt sind, ausschließlich einen dekorativen Zweck erfüllen oder als Alibi dienen, um tatsächliche Mitbestimmung Jugendlicher nicht zulassen zu müssen. Somit kann Partizipation von Jugendlichen häufig nicht als freiwilliges Einmischen, um gesellschaftliche Zustände zu verändern, bezeichnet werden (s. a. Helsper et al., 2006: 337f; Stange, 2007). Van Deth (2013) schlussfolgert: „Demokratie setzt Partizipation voraus, aber mehr Partizipation bedeutet nicht automatisch mehr Demokratie.“ (2013: 10).

Dennoch dient das partizipative Demokratieverständnis als normativer Ausgangspunkt, da es zum einen Zielpunkt politischer Bildung in Deutschland ist (Andersen & Woyke, 2003; Fatke et al., 2006: 25f; Helsper et al., 2006: 319f; KdTB, 2015: 326) und zum anderen ein Bürgerbild zugrunde legt, das mit der Perspektive der Jugendforschung sowie mit den hier herangezogenen Theorien zur Entwicklung der politischen Haltung im Einklang steht. Die kritischen Anfragen an diese Perspektive bleiben jedoch bestehen und werden bei der methodischen Umsetzung sowie der Auswertung und Interpretation der Daten berücksichtigt.

Dem Symbolischen Interaktionismus und der partizipativen Demokratietheorie folgend gehe ich von einem sich stets wandelnden Politik- und Gesellschaftsbild aus. Jedes Mitglied der Gesellschaft hat sein eigenes Verständnis dessen, was politisch ist. Dies Verständnis lässt sich anhand der Dimensionierung in politics, policy und polity systematisieren. Die Auseinandersetzung damit ist im Alltagsleben verankert und mit der Identität jedes einzelnen verflochten. Dabei ist es dennoch nicht willkürlich, sondern wird fortwährend in Auseinandersetzung mit der sozialen Umgebung ausgehandelt.

2. Theoretischer Hintergrund

Der theoretische Hintergrund der Arbeit gliedert sich in zwei Teile. Zum einen wird ein Blick auf die Entwicklung politischer Haltungen im Jugendalter geworfen. Dieses Kapitel basiert vor allem auf der Sozialisationsforschung und der Entwicklungspsychologie. Zum zweiten wird ein Blick auf politische Kommunikation geworfen und hier die Politik- und Kommunikationswissenschaft herangezogen. Aus der Zusammenführung dieser beiden Bereiche wird dann ein eigenes Modell politischer Kommunikation Jugendlicher generiert.

2.1 Die Entwicklung der politischen Haltung

Die Grundannahme eines Individuums, das sich aktiv mit seiner Umwelt auseinandersetzt und auf sie zurückwirkt, ist den meisten Jugendstudien gemein. Jedoch wird die Entwicklung zu einem politisch denkenden Menschen je nach theoretischer Verortung verschieden beschrieben. Mit der politischen Sozialisation (u. a. Rippl, 2008; Sarcinelli & Werner, 2010), der politischen Identitätsarbeit bzw. Identitätsentwicklung (u. a. Fend, 1991; Kuhn, 2014) und der politischen Haltung als Entwicklungsaufgabe (u. a. Hurrelmann & Quenzel, 2013; Kuhn, 2014) werden drei wesentliche Konzepte zur Erklärung der Entwicklung einer politischen Haltung vorgestellt, bevor die eigene Position definiert wird.

2.1.1. Politische Sozialisation

Am weitesten verbreitet ist der Begriff der politischen Sozialisation, der in vielen sozialwissenschaftlichen und psychologischen Feldern Verwendung findet. Er beschreibt, wie Jugendliche im Wechselspiel zwischen äußeren Bedingungen und inneren Einstellungen in ihre Bürgerrolle hineinwachsen und die dafür nötigen Wissensinhalte, Werteeinstellungen und Fähigkeiten erwerben (Buckingham, 2000: 10; Rippl, 2008; Sarcinelli & Werner, 2010; Theunert & Schorb, 2004: 206f). Geulen (2005) beschreibt dies mit dem Konstrukt des gesellschaftlich handlungsfähigen Subjekts, das zugleich Ausgangspunkt und Ziel der Sozialisation ist und dessen Entwicklung sowohl vom sozio-strukturellen Kontext wie auch der individuellen Entwicklung abhängt. Politische Sozialisation berührt alle drei Dimensionen des Politischen: Policy und politics betreffen eher kurzfristige Einstellungen und Handlungen, polity die grundsätzliche Haltung zum politischen System (Sarcinelli & Werner, 2010: 333).

Politische Sozialisation geschieht als Teil der allgemeinen Sozialisation, bei der Kinder und Jugendliche durch Interaktion mit ihrem Umfeld in die Gesellschaft hineinwachsen, ihre Regeln und Mechanismen kennenlernen und gleichzeitig eine einzigartige Persönlichkeit entwickeln. Sozialisation findet daher im Spannungsfeld von Individuation, also der Ausbildung der eigenen Identität, und sozialer Integration, dem Einfügen in die Gesellschaft, statt.

Als gelungen wird Sozialisation bezeichnet, wenn sich Individuen in die Gesellschaft einbringen und gleichzeitig ihre eigene Persönlichkeit behaupten (Hurrelmann et al., 2008: 25; Paus-Hasebrink et al., 2011: 20f; Theunert & Schorb, 2004). Sozialisation kann aber auch ein bewusstes Nicht-Einfügen oder eine Desintegration in die Gesellschaft zum Ergebnis haben.

Als wichtigste Einflussfaktoren, sogenannte Instanzen der politischen Sozialisation, gelten Familie, Schule, Peers und Medien (Geulen, 2005; Grob, 2009; Quintelier, 2015; Rippl, 2008; Sarcinelli & Werner, 2010). Diese treten nicht nacheinander, sondern parallel in Erscheinung und ihr Einfluss substituiert sich zum Teil, z. B. Gespräche in der Familie und Medienrezeption (Rippl, 2008: 448). Von entscheidender Bedeutung ist nicht nur die Qualität der vermittelten Inhalte der Instanzen, sondern auch, wie gut sie miteinander harmonisieren. So kann es beispielsweise für Heranwachsende verunsichernd sein, wenn in Schule und Familie konträre politische Ansichten vermittelt werden. Stimmen die Instanzen überein, kann sich ihr Einfluss wechselseitig verstärken (Hurrelmann & Quenzel, 2013: 26).

Politische Sozialisationsinstanzen nehmen direkt Einfluss, wie z. B. über pädagogische Maßnahmen oder bewusstes Erklären von Sachverhalten. Politische Sozialisation geschieht aber auch latent, durch unbewusste Einflussnahme, die dennoch die politische Haltung prägt, beispielsweise über unbewusste Vorbildfunktionen. So findet politische Sozialisation in jedem Bereich des sozialen Lebens statt (Kuhn, 2000: 53; Rippl, 2008; Theunert & Schorb, 2004: 206f). Dies steht im Einklang mit dem normativen Politikbegriff, nach dem Politik die Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen durchdringt. Dementsprechend ist nur folgerichtig, dass auch die Entwicklung der eigenen Bürgerrolle in der gesamten Lebenswelt erfolgen kann und sollte.

In ihren Anfängen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ging die Sozialisationsforschung von einem passiven Individuum aus, das in die Gesellschaft hineinwächst bzw. sich daran anpasst. Dieser Prozess geschieht mühelos (Buckingham, 2000: 11; Geulen, 2005: 90f; Rippl, 2008: 443). Später dominierten Strömungen, die von einem Individuum ausgingen, das sich ausschließlich aus eigener Kraft sozialisiert. Hierbei handelt es sich um das andere Extrem, bei dem die Umwelteinflüsse völlig hinter der Eigenleistung zurücktreten (Theunert & Schorb, 2004: 203). Heute wird meist von einer interaktionistischen Perspektive ausgegangen, bei der sich Sozialisation in einer Wechselbeziehung aus Individuum und Umwelt und als selbstbestimmter, ko-konstruktivistischer Prozess vollzieht. Er beginnt mit dem Zeitpunkt der Geburt, setzt sich während des gesamten Lebens fort und enthält mit steigenden kognitiven Fähigkeiten immer größere Eigenanteile (Helsper & Krüger, 2006: 15; Geulen, 2005: 90f; Theunert & Schorb, 2004: 204f). Man kann also von einer Verschiebung der Perspektive in der Sozialisationsforschung von der gesellschaftlichen zur individuellen Perspektive und im Anschluss zu einer Verflechtung beider sprechen (Flanagan, 2003: 257; Hurrelmann et al., 2008: 14f).

2.1.1.2 Politische Identitätsentwicklung

Im Zuge der politischen Sozialisation wird häufig von politischer Identitätsentwicklung oder -arbeit³ gesprochen. Da das Ziel der Sozialisation das Erlernen gesellschaftlicher Normen, Werte und Handlungspraxen auf der einen und die Entwicklung einer individuellen Persönlichkeit auf der anderen Seite ist (Hurrelmann et al., 2008: 25), gehört die Entwicklung eines politischen Standpunkts als ein Baustein dazu (Hoffmann, 2012: 93; Reinders, 2003: 78f; Rippl, 2008: 446). Der Begriff der Identitätsentwicklung wird im Zuge dessen aber meist nicht näher erläutert oder gegen den Begriff der Sozialisation abgegrenzt (siehe z. B. Kuhn, 2000; Schmid, 2004).

Im Gegensatz dazu operieren Studien mit einem entwicklungspsychologischen Zugang mit elaborierteren Verständnissen politischer Identitätsentwicklung, die psychologischen Ansätzen entlehnt sind. Identität ist darin grundlegend das Konzept, das Antwort auf die Frage gibt: Wer bin ich? (Blasi, 1988: 226; Keupp, 2009: 53) Die politische Haltung wird dabei bei vielen Autoren als ein Aspekt oder Identitätsbereich einer multidimensionalen Persönlichkeit begriffen (Erikson, 1994; Fend, 1991: 20; Keupp, 2009: 64; Marcia, 1988: 212; Schmidt, 2015: 29).

Es wird davon ausgegangen, dass das Jugendalter dasjenige ist, in dem die aktive und reflexive Entwicklung der Identität möglich wird. Denn erst im Jugendalter sind Menschen durch die Entwicklung des komplexen und abstrakten Denkens kognitiv in der Lage, sich selbst in Bezug zu ihrer Umwelt zu setzen und dieses Verhältnis zu reflektieren (Ecarius et al., 2017: 9f; Erikson, 1994: 91; Marcia, 1980: 160; Silbereisen & Weichold, 2012: 241). Zudem müssen sich Jugendliche im Gegensatz zu Kindern mit ihrer Zukunftsplanung beschäftigen, richtungsweisende Entscheidungen treffen und darüber nachdenken, wer sie sind und in Zukunft sein wollen (Ecarius et al., 2017: 9f; Erikson, 1994: 155; Hurrelmann & Quenzel, 2013: 33; KdTB, 2015: 272; Marcia, 1980: 160). Die Loslösung vom Elternhaus, die gestiegene Bedeutung der Peergroup sowie die Anforderung der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung in dem Alter legen zudem die Ausbildung eigener politischer Überzeugungen nahe. Dadurch entwickeln sich diejenigen Standpunkte, die bestimmen, welche Regelungen menschlichen Zusammenlebens persönlich wichtig sind, was abgelehnt und was unterstützt wird (KdTB, 2015: 272).

Der Begriff der Identität hat sich seit dem Beginn der Identitätsforschung in den 1950er Jahren, angestoßen insbesondere durch die Arbeiten von Erik H. Erikson, kulturell stark verändert. Erikson (1994[1970]) beschreibt Jugend als Krise, wobei Krise im ursprünglichen Wortsinn als notwendiger Wendepunkt gemeint ist (s. a. Reinders, 2003: 77). Jugendliche entwickeln in dieser Zeit ein kohärentes Selbstbild – bei Erikson (1994) *ideology* genannt –

³ Die verschiedenen hier betrachteten sozialpsychologischen Ansätze operieren jeweils mit unterschiedlichen Begriffen. Fend (1990) spricht im Anschluss an (1994) und Marcia (1980) von politischer Identitätsbildung oder -entwicklung, Keupp et al. (2008) hingegen von Identitätsarbeit. Die einzelnen Konzepte werden im Folgenden erläutert, aber aufgrund ihres gemeinsamen psychologischen Ursprungs und ihrer großen Ähnlichkeit in einem Kapitel subsumiert.

innerhalb der Gesellschaft, die er mit *transcendence* bezeichnet. So entsteht die soziale Handlungswirksamkeit oder *industry* der Jugendlichen. Erikson definiert Identität als „sense of identity“ (Erikson, 1994: 19f), als ein Gefühl des Eins-Seins mit sich selbst. Politische Identität entsteht dadurch, dass das Subjekt sich mit einem übergeordneten Wir also der *transcendence* verknüpfen möchte (Erikson, 1994: 23ff; s. a. Oerter, 2016: 75f; Reinders, 2003: 78f).

Im Gegensatz zur Gesellschaft der Nachkriegszeit, in der Erikson seine Theorie formuliert, werden Identitätskonzepte in der Postmoderne als unsicher, flexibel und beliebig beschrieben. Gründe hierfür sind u. a. die Mediatisierung der Gesellschaft (s. a. Krotz, 2007), die Globalisierung, veränderte und flexiblere Familienformen oder Unsicherheiten und häufige Veränderungen am Arbeitsmarkt. Als Konsequenz daraus ergibt sich für das Individuum eine hohe Anforderung, sich die eigene Identität zu erarbeiten, anstatt ein gesellschaftlich vorgefertigtes Modell, z. B. durch die Schichtzugehörigkeit, zu übernehmen. Das übergeordnete Wir oder die Transzendenz ist also komplexer und in ihren Anforderungen diffuser geworden. (Ecarius et al., 2017: 7-36; Keupp et al., 2008: 69; Mikos, 2004: 161; Sarcinelli & Werner, 2010: 336f)

Ebenso verhält es sich mit der politischen Haltung, die zur persönlichen Gewissensfrage wird, anstatt eine Verpflichtung der eigenen Herkunft gegenüber zu sein, wie es z. B. die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie oder der kommunistischen Bewegung der Arbeiterklasse zur Zeit der Industrialisierung waren. Giddens (1991) spricht in diesem Zusammenhang ab den 1970er Jahren von „life politics“ (1991: 214). Die politische Haltung wird dabei zu einer in den Alltag eingebetteten Identitätsfrage und ist keine vorgegebene Selbstverständlichkeit mehr.

Sarcinelli und Werner (2010) stellen in diesem Zusammenhang die These auf, dass politische Sozialisation medien- und kommunikationsabhängiger wird: Der Einfluss der klassischen Sozialisationsinstanzen schwindet oder verliert zumindest ihre lebenslange Beständigkeit. Im ständigen Kampf um Aufmerksamkeit, in dem politische Inhalte mit vielen anderen Themen medial und im Alltag der Bürgerinnen und Bürger konkurrieren, werde politisches Verhalten situativer, reduziere sich zum Teil auf den Wahlakt und werde dadurch auch enttäuschungsanfälliger. Die politische Haltung hängt somit an wenigen Momenten politischer Kommunikation, die in den meisten Fällen medial vermittelt ist (Sarcinelli & Werner, 2010: 337).

Wie bereits erwähnt, ist der Begriff politischer Identitätsentwicklung weniger gebräuchlich als der der Sozialisation. Einzig eine Längsschnittstudie zur Identitätsentwicklung und zu Lebensentwürfen im Übergang von Kindheit zu Jugend aus den 1980er Jahren (Fend, 1991) verwendet ihn explizit. Diese Studie wird daher als historische Grundlage herangezogen, dabei aber berücksichtigt, dass sich das Aufwachsen seither verändert hat.

Parallel zum Begriff der politischen Sozialisation beschreibt Fend (1991) darin zwei Ziele politischer Identitätsbildung: die Entwicklung eines eigenen, unabhängigen Standpunkts und das Hineinwachsen in die demokratische Gesellschaft. Er greift dabei auf das Konzept

der Identität als Überzeugung in verschiedenen Lebenslagen nach Marcia (1980) zurück. Die Identitätsentwicklung wird darin in Bezug zu dem älteren Konzept von Erikson (1994) als – zumeist – krisenhafter Prozess beschrieben.

Mit Krise meint Marcia (1980) das Ausmaß der Unsicherheit in Bezug auf die eigene Persönlichkeit. Wichtig seien zur Bewältigung dieser Krise zwei Dimensionen: *Exploration* als Ausmaß der Erkundung der Umwelt zur Lösung der Unsicherheit und *Commitment* als Einsatz, den man dabei zeigt (Marcia, 1980; Marcia, 1988: 212). Aus Commitment und Exploration leiten sich vier Identitätszustände ab (Abb. 1).

Abb. 1: Identitätszustände nach Marcia (1980)

	Exploration	
Commitment	hoch	niedrig
hoch	Erarbeitete Identität (Entschiedene)/ Identity achievement	Übernommene Identität (Früh Festgelegte)/ Foreclosure
niedrig	Moratorium (Suchende)/ Moratorium	Identitäts-Diffusion (Diffuse)/ Identity diffusion

Quelle: Fend, 1991: 18, nach Marcia, 1980: 161f; Marcia, 1989: 289

Den Grad der Exploration bei politischer Identitätsarbeit misst Fend (1991) mit dem selbst bekundeten politischen Interesse. Demnach gibt es verschiedene Wege, wie Jugendliche zu ihrer politischen Einstellung gelangen können. Sie können sich, bei hohem Interesse, aktiv damit auseinandersetzen und nach ihrer Haltung suchen (Entschiedene oder Suchende) oder bei niedrigem Interesse eine Haltung unkritisch übernehmen oder keine Haltung entwickeln (Früh Festgelegte oder Diffuse) (Fend, 1991: 218f). In einer Demokratie sind übernommene Identitäten kritisch zu sehen, z. B. die unkritische Übernahme der Überzeugungen der Eltern, da damit eine gewisse Rigidität und Verslossenheit gegenüber Neuem einhergeht (Kuhn, 2000: 26).

Kritisiert wird an diesem Konzept der Identitätszustände, dass die grundlegende Frage nach dem Ich nicht eingeschlossen ist und damit das von Erikson (1994) beschriebene Identitätsgefühl fehle. Somit werden lediglich verschiedene Entwicklungsstadien beschrieben, Identität selbst aber nicht (Flammer & Alsaker, 2002: 164; Kraus & Mitzscherlich 1997: 154). Weiterhin ist die Betrachtung der Jugend und ihrer Suche nach dem eigenen Ich als permanente Krise mittlerweile überholt (Paus-Hasebrink et al., 2011: 22f; Reinders, 2016: 85f). Kritisch zu sehen ist zudem der beschriebene Zustand der übernommenen oder diffusen Identität, da hier eine Nicht-Auseinandersetzung unterstellt wird. Diese Annahme ist vor